



Mindestlohn zwingt Rentner aufs Sozialamt

Nachricht von Susanne Ferschl, 14. Mai 2018

Berechnungen der Bundesregierung zufolge müsste der Mindestlohn massiv angehoben werden, damit Betroffene im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung bekommen. Um dies zu erreichen, müssten anstelle des derzeitigen Mindestlohns von 8,84 Euro mindestens 12,63 Euro pro Stunde gezahlt werden, wie aus der Antwort [PDF] des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage von Susanne Ferschl hervorgeht.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn soll existenzsichernd sein, eine armutsfeste Rente garantieren und sicherstellen, dass auch die unteren Lohngruppen – die besonders auf den Mindestlohn angewiesen sind – nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden.

"Menschen haben ihre Würde und Arbeit hat ihren Preis. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Armutslohn und macht Menschen zu Sozialfällen. Das ist kein linker Populismus, sondern bittere Realität. 8,84 Euro bedeuten Erwerbs- und Altersarmut. Wir haben es heute schwarz auf weiß, dass die Höhe des Mindestlohns schon bei Einführung zu niedrig war. Dieser Konstruktionsfehler war politisch gewollt.

Vollbeschäftigung geht auch existenzsichernd. Hierzu fordert DIE LINKE die unverzügliche Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro", kommentiert Susanne Ferschl die Antwort der Bundesregierung.